

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

**Erscheint Sonntags.**  
Bezugspreis vierteljährl. 1,50 RM.  
ohne Postgebühren. Nur Post-  
bezug. B. Stellung bei allen Post-  
stellen. Geschäftsstelle Berlin S. 68.  
Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wgbl 9653.

**Einzelgenoss**  
die hiergebundene Beilage 50 Pf.  
für Verbandsmitglieder 60 Pf.  
Stellungsangebot 5 Pf. Beiam-  
lungsangelegenheiten 20 Pf. Der  
Einzelgenoss ist vorher zu entrichten.

Nr. 8.

Berlin, den 16. Februar 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Für die Rückforderung der Bücher oder Karten der vom Militär entlassenen Mitglieder ersuchen wir ausnahmslos die braunen Postkarten oder Zettel benutzen zu wollen, da dieselben zugleich statistischen Zwecken dienen.

2. Die vom Militär entlassenen Mitglieder treten wieder in ihre alten Rechte ein, wenn sie bei ihrer Einberufung zum Militär ordnungsgemäß abgemeldet sind und sich innerhalb vierzehn Tagen nach der Entlassung wieder anmelden. Etwaige Beitragsreste aus früheren Jahren sind durch den erhöhten Beitragsfuß zu begleichen.

Im Falle des Unterstützungsbezuges gilt als erster Tag der Arbeitslosigkeit oder Krankheit der Tag der Anmeldung unter der Voraussetzung, daß Beitragsreste über vier Wochen nicht vorhanden sind. Wenn ein Kollege nach der Entlassung in Arbeit tritt, die Anmeldung aber erst später vollzieht, gilt die dazwischenliegende Zeit als beitragspflichtig.

3. Alle Materialbestellungen bitten wir nur auf den dafür bestimmten Bestellkarten oder -zetteln zu machen. Das erleichtert die Arbeit und beschleunigt die Erledigung. Wo solche fehlen, verlange man Bestellkarten und -Zettel von uns.  
Der Vorstand.

## Eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder!

Die in Vorn am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundsätze auf:

Das neue Gesetz hofft, die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen bedürfen aller Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Beteiligung, die einem allgemeinen Zweck dient, und nicht von derjenigen, die der Befriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gewohnheit ist, abhängig.

Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, sondern daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung erstreben die Arbeiter die Beseitigung der Lohnarbeit, ebenso die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Ueberrestes einer Auffassung, die durch die

Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Leitung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Massen gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturarmut eine rationale Verteilung der Produktion bestimmt, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Übereinstimmung gebracht werden. Sie fordert die Beseitigung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit fast durchweg bestehen ließ. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und internationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund methodischer Prozedur durchgeführte Bewertung der individuellen Leistung in der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestattet.

Durch die Erfahrungen des Krieges und anderer andauernder Leiden gewichtig und angeht die durch den Krieg verursachten Zerstörungen muß sich die Arbeiterschaft sagen, daß sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichern muß. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß das Bestreben, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man ein Ideal aufgeben muß. Im Gegenteil verlangt die gegenwärtige Konferenz Sicherheiten für das Recht auf Freizügigkeit, Koalition, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und Arbeiterhygiene.

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeitergesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden kann. Dieses Amt soll sich auf ein internationales Arbeitsparlament, in welchem Delegierte aller Länder und aller Berufe vertreten sind, stützen. Aus diesem internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konventionen, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme Rechtskraft haben wie die nationalen Gesetze. Diese Auffassung der Rolle des internationalen Parlaments bedingt eine internationale Gesetzgebung, die zum Wohle der Völkerliga geschaffen wird, d. h. eine internationale Souveränität. Diese Neuierung wird den Beginn einer neuen Ära bedeuten, in welcher die Arbeiterklasse aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft wie im nationalen Bewußtsein in der Richtung des Fortschritts und der Besserstellung für alle entwickeln könne.

Die Gewerkschaftsinternationale nahm diese Proklamation ohne Debatte einstimmig an.

## Unsere Kollegenschaft zur Ablehnung ihrer Forderungen.

In der Vorwoche haben in Berlin, Leipzig und Stuttgart unsere Kollegen und Kolleginnen zum Teil in Versammlungen aller Mitglieder, wie sie unser Beruf noch nicht gesehen hat, zum Teil in Vertrauensmännerversammlungen zu der ablehnenden Haltung des Deutschen Buchbinderbesitzer-Verbandes gegenüber ihren Forderungen Stellung genommen. Hierüber sind uns die nachstehenden Berichte zugegangen, von denen wir bemerken müssen, daß wir die Ausführungen der Referenten nicht mit wiedergegeben haben, da der Kern derselben in unserem Bericht über die Verhandlungen selbst in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ enthalten ist. Zur Sache selbst ist zu sagen, daß der zuständige Referent im Reichsarbeitsamt die schleunigste Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung zugesagt und daß er sich bereits mit dem Verbands-Deutscher Buchbinderbesitzer deswegen in Verbindung gesetzt hat.

In Berlin fand am 5. Februar eine Delegiertenversammlung für die in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt, in welcher Bürgerberger den Bericht über die Leipziger Verhandlungen gab. Derselbe führte aus, daß man nach dem aufgegebenen Apparat — es waren etwa 50 Vertreter von beiden Seiten anwesend — ein befriedigendes Resultat hätte erwarten sollen. Aber das Gegenteil sei eingetreten, es sei nichts erreicht. Die Gelegenheit ist nun dem Reichsarbeitsamt überwiesen und es sei zu empfehlen, bis zur Entscheidung durch diese Institution von weiteren Schritten Abstand zu nehmen. Müller gab einige Ergänzungen zu dem Bericht. Herr Aschelm habe u. a. geäußert, die Forderungen der Gehilfen gingen ins Maßlose, was bei den Anwesenden einen Sturm der Entrüstung auslöste. Mit äußerst scharfen Worten wurde das Verhalten der Arbeitgeber gekennzeichnet, namentlich die Neuerung des Herrn Aschelm wurde einer herben Kritik unterzogen und die Erwartung ausgesprochen, daß man darauf die Antwort nicht schuldig bleiben werde. Zum Schluß fand ein Antrag Annahme, der sich mit einer Verhandlung vor dem Reichsarbeitsamt einverstanden erklärte und den Arbeitgebern für ihr ablehnendes Verhalten die schärfste Mißbilligung ausdrückte. Sollten die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt wieder ergebnislos bleiben, dann wird erwartet, daß die Verbandsleitung vor schärferen Maßnahmen nicht zurückschreckt.

Hierauf erstattete Kollege Maruse einen Bericht über eine stattgefundene Versammlung der arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen. Dort waren folgende Beschlüsse gefaßt worden, die nach Ansicht der Arbeitslosen geeignet sind, deren Zahl erheblich zu vermindern: 1. Strikte Durchführung der Bestimmung, daß alle am 1. August 1914 beschäftigten Kriegsteilnehmer wieder eingestellt werden. 2. Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden. 3. Vorübergehende Abschaffung der Akkordarbeit. 4. Grundständige Verweigerung von Ueberstunden. Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung für Durchführung der genannten Anträge einzutreten. Ebenfalls Annahme fand ein Antrag, der die maßgebenden Behörden ersucht, mehr Rohstoffe als bisher freizugeben. Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß die während des Krieges von auswärts zugezogenen ledigen Kollegen mit Zustimmung des Arbeiterausschusses entlassen werden können, fand gleichfalls Annahme.

Um den Bericht über die Verhandlungen betreffend Erhöhung der Teuerungszulagen und zeitgemäße Erhöhung der Tariflöhne entgegenzunehmen, füllten unsere Leipziger Kollegen und Kolleginnen den großen Saal des „Albertgarten“. Derselbe als Referent zu seinem größten Bedauern nur ein völlig ergebnisloses Resultat verzeichnen. In ergänzender Weise behandelte Frau Thiel besonders die Art, mit der die Forderungen der Arbeiterinnen von den Unternehmern besprochen wurden. Die von circa 4000 Personen besuchte Versammlung nahm mit großer Entrüstung Kenntnis, daß die Buchbinderbesitzer die Forderungen der Arbeiter kategorisch ablehnten. Der Geist der neuen Zeit sowie die Not der im Berufe tätigen Arbeiter haben demnach nicht vermocht, die Unternehmer zu sozialer Einsicht zu bringen. Sie hielten sich wieder als Herren der Situation. Demgegenüber erklärte die Versammlung, daß sie nicht gewillt ist, bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsamtes zu warten, was eine Verzögerung ihrer berechtigten Forderungen bedeutet. Die Versammelten verpflichteten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die am 9. und 10. Juli 1918 vereinbarten Teuerungszulagen in der Weise von den Unternehmern schon jetzt zu verlangen, wie dieselben von den Schiffsverretern am 30. Januar 1918 gefordert wurden. Die täglich teurer werdenden Bedarfsartikel und Lebensmittel verlangen unbedingt eine sofortige Besserstellung unseres Einkommens, um das nackte Leben fristen zu können. Die Versammlung erblidete ihre Hauptaufgabe zunächst nicht im Streit, sondern verpflichtete sich, früh bei Arbeitsbeginn eine Besprechung im Betriebe abzuhalten. Die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, sofort mit den zuständigen Inhabern oder Betriebsleitern zu verhandeln und unsere Forderungen durchzusetzen. Bei Nichtannahme der Forderungen soll in passiver Resistenz getreten werden, d. h. die Arbeit solange innerhalb des Betriebes ruhen, bis das Geforderte erreicht ist. Die lebhafteste Diskussion brachte das Verlangen nach Sozialisierung der Buchbindereibetriebe und nach Abschaffung der Affordarbeit. Eine dazu einzuberufende Versammlung soll sich ausschließlich mit diesen Punkten befassen.

Zu einer für die Zahlstelle Stuttgart noch nie dagewesenen Versammlung kam es am 5. Februar, in der Hemminger über die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer Bericht erstattete. Die Ablehnung unserer Forderungen erzeugte schon großen Unwillen, der sich bis zur Entrüstung steigerte, als der Berichterstatter bekannt gab, aus welchen Gründen die Unternehmer die Ablehnung rechtfertigten und daß es besonders die Stuttgarter Vertreter waren, die dabei das Wort führten. Daß der Buchhändler Weidrecht seine Kollegen aufforderte, keine Arbeit herauszugeben, bis die Löhne gesunken sind, und Herr Sandberger die „billigen“ Stuttgarter Verhältnisse ins Treffen führte und noch dazu von weniger leistungsfähigen Arbeitern sprach, die es in Stuttgart geben sollte, war allen Anwesenden starker Tabak. Redner rückte diese Auffassungen ins rechte Licht, was die ungeteilte Zustimmung der Versammlung fand. Insbesondere beleuchtete er die Absicht der Unternehmer, den vom Felde zurückgekehrten Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde gegen früher anzubieten. Ja, in den Stuttgarter Betrieben schämten sich die Unternehmer nicht, den früheren Lohn in zwei nachweisbaren Fällen sogar zu kürzen, wobei es sich nicht etwa um Kriegsverletzte handelte. Daß diese Tatsachen auf der Konferenz zur Sprache gebracht werden mußten und auch die Firma Koch in diesem Zusammenhang genannt wurde, lag an der Tatart der Arbeitgebervertreter. Die Mitteilung Hemmingers, daß unsere Vertreter den völlig ungenügenden Vorschlag der Arbeitgeber zur Regelung der Einstellungslohne ohne Diskussion abgelehnt haben, wurde mit heller Verfrühigung gutgeheißen. Als einziges Eingehen auf unsere Anträge ist die Ausdehnung der Teuerungszulagen auf die Überstunden zu buchen, was gegenwärtig aber keine Bedeutung hat. Redner forderte die Kollegenschaft auf, zu den Sorgen in Stellung zu nehmen, aber die Ruhe nicht zu verlieren, damit man uns für die Folgen des schändlichen Verhaltens der Arbeitgeber nicht verantwortlich machen könne. Es ist begreiflich, daß man nach dem Geschehen die Ruhe verlieren kann, aber das dürfte im Interesse der Schlagfertigkeit unserer Organisation nicht geschehen.

In der sehr erregten Aussprache erklärte Döbeling, daß der Drei-Städte-Tarif in einen Reichstarif umgewandelt werden muß. Den ungeliebten Arbeiterinnen 16 Pf. Stundenlohn anzuge-

stehen, sei eine Schmach für die ganze Organisation. Wie ist es möglich, daß man den Feindgefechten 5 Pf. Aufschlag anzubieten magt. Auf die Ausführungen des Herrn Sandberger gab es überhaupt keinen Ausbruch mit Worten. Viehl hat den Einbruch bekommen, daß die Unternehmer aus der Revolution noch nichts gelernt hätten. Die Prinzipale haben nicht den geringsten Schein von sozialer Hingabe gezeigt, mitzuhelfen, das deutsche Volk wieder aufzurichten. Bogula hat das Gefühl, als wenn unsere Vertreter nicht energisch genug aufgetreten seien. Auch er weist den überaus gewagten Ausbruch des Herrn Sandberger zurück. Es läme noch darauf an, wer leistungsfähiger sei; es müsse von ihm verlangt werden, daß er auch die Beweise für seine Ausdrücke bringe. Benging versicherte, in Leipzig alles getan zu haben, was getan werden konnte. Die paar Pfennige Bewilligung konnten wir nicht mitbringen, wir lehnten deshalb alles ab. Für die Arbeiterinnen sei deshalb nichts übrig gemein, weil — diese ja nicht im Felde waren! Oben nicht gerade die Arbeiterinnen den Krieg am eigenen Leibe gespürt? Bauer führt an, daß durch die niedrigen Löhne die Arbeiterinnen geradezu auf die Straße getrieben würden. Raff wünschte, daß die 46stündige Arbeitszeit auch in den Kartonnagenbetrieben eingeführt würde. Er fordert zum weiteren Ausbau der Organisation gerade in dieser Branche auf. Verberach empfindet den Ausgang der Leipziger Verhandlungen als einen Schlag ins Gesicht. Auf diese Art werden wenigstens auch dem letzten Arbeiter die Augen geweihen, so daß er weiß, wofin er gehört. Mit der Weichenheitstrommel kommen wir nicht vorwärts. Wenn die Arbeiterkraft hinter der Kommission steht, dann muß das Nötige erreicht werden. Sind die Bewilligungen nicht ausreichend, dann müssen wir es diesmal darauf ankommen lassen. — Die einstimmig angenommene Entschließung lautet:

„Die am 5. Februar noch nie in gleicher Stärke besuchte Versammlung der im Deutschen Buchbinderverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von den stattgefundenen Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer. Die Versammelten verurteilen auf das schärfste den völlig ablehnenden Standpunkt der Unternehmer unserer berechtigten Ansprüche gegenüber, der insbesondere deshalb unbegreiflich ist, da heute noch Grundlöhne für gelernte Buchbinder von 54 Pf. die Stunde bezahlt werden, dazu 100 Proz. Zulage, während von einem Abbau der notwendigen Bedarfsartikel nichts zu spüren sei. Den vom Vorwärtigen Deutscher Buchhändler im Vorwärtigen verbreiteten Aufruf, in dem die Verleger aufgefordert werden, keine Aufträge zu vergeben, ehe nicht die Gehaltsverlusten der Einbände gesunken seien, übergeben wir dem Urteil der Öffentlichkeit. Ein derartiges Gebahren richtet sich bei dem allseitigen Bestreben, das deutsche Wirtschaftslieben wieder in Gang zu bringen, von selbst. Wir lehnen aber auch die von Unternehmenseite aufgestellte Behauptung, ein großer Teil der Stuttgarter Arbeiterkraft bestehe an Leistungsfähigkeit weit hinter der Leipziger Arbeiterkraft zurück, mit Entrüstung ab. Das hiesige Buchbindergewerbe ist im Gegenteil in der Hauptsache dank der Leistungsfähigkeit der Arbeiterkraft auf seine heutige Höhe gebracht worden. Die Versammelten erwarten von dem vom Reichsarbeitsamt in Wälde zu fällenden Schiedspruch, daß er den berechtigten Wünschen der Arbeiter entspricht.“

Die übrigen im Buchbinderverband organisierten Sparten, hauptsächlich die Kartonnagenarbeiter und die Arbeiter der Briefumschlagfabriken verlangen bestimmt, daß die Unternehmer den Bestrebungen der Organisation, Reichstarif für das Gewerbe zu schaffen, die den Interessen der Arbeiterkraft gerecht werden, keinen Widerstand entgegenzusetzen, so daß dieser Gedanke bald verwirklicht werden kann!“

Im Schlußwort erklärte Hemminger, daß das Vorgehen der Prinzipale außerordentlich geeignet sei, unseren Verursachungsgehörigen den richtigen Weg zum Erfolg zu zeigen. Wenn der Spruch des Reichsarbeitsamtes einer neuen Versammlung vorliege, müssen wir zeigen, daß es ernst ist. Es gilt, dafür zu sorgen, daß bis dahin alle Betriebe für weiteste Verbreitung der Organisation Sorge tragen.

### Arbeitsfretlichkeiten in der Berliner Galanteriebranche.

Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages brachte unsere Kollegenschaft der Galanteriebranche in Berlin in einen Konflikt mit der Fabrikanten-Vereinigung, der zu einem mehr-

wichtigen Zustand führte. Der für uns gültige Tarifvertrag (kurz genannt: „der rote Vertrag“, im Gegensatz zu dem „grauen Vertrag“, den die Sattler und Portefeuller mit der gleichen Fabrikantenvereinigung abgeschlossen haben) enthält in seinem § 2 Absatz 1 die Bestimmung, daß an den Sonnabenden und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage der Arbeitsschluß 2 Stunden früher erfolgt als an den anderen Arbeitstagen. Durch die Einführung des Achtstundentages glaubten die Unternehmer diese Bestimmung aufgehoben. Unsere Kollegenschaft stellte sich jedoch im Einverständnis mit der Branchenleitung auf den Standpunkt, an dem früheren Arbeitsschluß an den genannten Tagen festzuhalten. Zugleich wurde als Ausgleich der Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 48 Stunden pro Woche eine Lohnerhöhung von 12 1/2 Proz. für die Affordarbeiter und für die Lohnarbeiter ein Mindestlohn von 2 Mk. für selbständige Arbeiterinnen von 1,35 Mk. und für Hilfsarbeiterinnen von 1,20 Mk. gefordert. Gleichzeitig damit wurde die schon im September vorigen Jahres den Unternehmern übermittelte, von diesen aber damals abgewiesene Forderung der Erhöhung der Teuerungszulage um 16 Proz. erneut aufgenommen.

Wir rechneten bestimmt mit einem Entgegenkommen der Fabrikanten, da unsere Forderungen durchaus berechtigt und nicht als unerfüllbar anzusehen waren. Diese Erwartung konnte uns so sehr gehegt werden, als die Unternehmer unserer Branche zwar keine Kriegsgewinnler sind, aber in den Kriegsjahren doch ganz nette Verdienste gehabt haben. Einmal wurde infolge des Materialmangels auch der letzte Lagerbestand verkauft und zum andern damit außerordentlich hohe Preise erzielt, die zum Teil das Fünffache der Friedenspreise überschritten. Man kann also ruhig behaupten, daß auch unsere Unternehmer der Branche sich — wie der Volksmund zutreffend sagt — gesund gemacht haben.

Im umgekehrten Verhältnis zeigte sich ihr Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber. Jede auch noch so geringe Erhöhung der Teuerungszulagen mußte erst hart erkämpft werden. So auch diesmal, wo durch das unverständliche ablehnende Verhalten der Unternehmer die Angelegenheit eine recht ernste Seite erhielt. Die im November stattgefundenen gemeinsamen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Verhandlungskommission der Unternehmer leider — wie fast immer — ohne besondere Vollmacht zum Abschluß war. Dagegen wurde uns ein schon fertiger Entwurf einer Vereinbarung, die mit der Fabrikanten-Vereinigung und dem Verbande der Sattler und Portefeuller zustande gekommen war, zur Unterzeichnung vorgelegt mit dem Bemerkten, daß dieser Vertrag auch für uns annehmbar sei. Diese Zustimmung mußte jedoch zurückgewiesen werden, weil unsere Lohnforderungen weitergehend waren und weil vor allem unsere Fünfte in bezug auf die Arbeitszeit an den Sonnabenden und Vorabenden der gesetzlichen Feiertage darin nicht berücksichtigt waren. Außerdem ist es ein Übel, von uns die Annahme einer Vereinbarung verlangen zu wollen, an der wir nicht mitgewirkt haben, ganz abgesehen davon, daß ein Stundenlohn von 1,50 Mk. für Arbeiter und 8 1/2 Proz. als Lohnausgleich für Affordarbeiter ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis für unsere Kollegenschaft gewesen wäre. Anfang Dezember fanden erneute Verhandlungen statt, in denen der Syndikus der Vereinigung der Fabrikanten die Erklärung abgab, daß uns andere Zugeständnisse nicht gemacht werden könnten. In Zukunft würden übrigens keine besonderen Vereinbarungen mit dem Buchbinder-Verbande mehr getroffen, der „rote“ Tarif sei überflüssig und unsere Kollegenschaft könne ganz gut unter den Bedingungen des „grauen“ Sattlertarifs arbeiten. Diese Erklärung hätte genügt, um die Verhandlungen abzubrechen. Um aber dennoch zu einer Einigung zu kommen, wurde von unseren Vertretern vorgeschlagen, die 46stündige Arbeitszeit fallen zu lassen und an deren Stelle die 47stündige zu setzen. Der Ausgleich für die Affordarbeiter sollte auf 10 Proz. und der Stundenlohn für männliche Arbeiter auf 1,75 Mk., für selbständige Arbeiterinnen auf 1,10 Mk. und für Hilfsarbeiterinnen auf 1 Mk. festgesetzt werden. Der Antrag auf Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen wurde zurückgezogen. Aber auch dieser Vermittlungsvorschlag fand keine Gegenliebe und die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Am gleichen Tage aber wurde in der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ die Vereinbarung der Sattler und Portefeuller mit den Unternehmern veröffentlicht, in dem es im einleitenden Absatz hieß:

„Die Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten & Co. einerseits und die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuller andererseits haben folgende Vereinbarung getroffen:

feuille wie die Zahlstelle Berlin des deutschen Buchbinderverbandes treffen mit Billigkeit usw.

Dies wurde also kurzerhand die Verwaltung unseres Verbandes in Berlin als vertraglich bindende Partei mit angeführt, obwohl diese in keiner Weise am Abschluß des Fortzeußerverbandes beteiligt gewesen war! Die Annahme, daß wir mit dieser so zurechtgelegten Sachlage uns abfinden würden, war natürlich falsch. Aber auch in den Reihen der Unternehmer wirkte diese Veröffentlichung irreführend, denn manchem Kollegen wurde sie vorgehalten mit dem Vermerken, daß sie auch für sie bindend sei, da der Buchbinderverband als Vertragsschließender mit unterzeichnet habe. Gegen dieses Gebahren wurde bei der Fabrikantenvereinigung Protest eingelegt und eine gut besuchte Branchenversammlung in ihm den Bericht über diese Sachlage mit berechtigter großer Entrüstung entgegen. Sofortige allgemeine Arbeitniederlegung wurde verlangt und die Branchenleitung mußte alle Mühe anwenden, um dieses Verlangen nicht sofort in die Tat umsetzen zu lassen. Empfohlen wurde, die Arbeit am folgenden Tage so lange ruhen zu lassen, aber in dem Betriebe zu verbleiben, bis sich die Unternehmer zu erneuten Verhandlungen bereit finden ließen. Da diese aber jede weiteren Verhandlungen ablehnten, verließen unsere Kollegen und Kolleginnen die Betriebe. So wurden wir in den Ausstand gedrängt. Um dieser Abwehrebewegung den notwendigen Nachdruck zu geben, wurden alle weiteren Kollegen aus dem maßgebenden Betrieben herausgezogen. Vor diesem letzten Mittel konnten wir, des Fortsetzes der Situation voll bewußt, im Hinblick auf die schwierigen politischen Zeiten mit ihrer großen Arbeitslosigkeit, nicht zurückschrecken, schon um uns für kommende Zeiten eine entgegenkommendere Behandlung zu sichern. Nach fast jederwöchigem Ausstand trat dann am 25. Januar die Schlichtungskommission zusammen, um den Parteien folgenden Einigungsorschlag zu unterbreiten: 1. Die Arbeit ist am 29. Januar wieder aufzunehmen. 2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, an den Sonntagen und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage nur sechs Stunden. Die hierdurch ausfallenden Stunden werden auf die anderen Arbeitstage verteilt. 3. Für sämtliche Lohn- und Akkordarbeiten wird statt der den Sattlern und Fortzeußlern bewilligten 8 1/2 Prozent 15 Proz. Vorkaufschlag gewährt. 4. Für die ausfallenden Stunden bei verzüglicher Arbeitszeit werden den männlichen Arbeitern 30 Pf., den weiblichen 20 Pf. pro Stunde vergütet, wobei die Staffelvermerkszulage den Akkordarbeitern nach dem tatsächlichen Verdienst anteilig zur Berechnung gebracht werden.

Eine am 27. Januar stattgefundene Branchenversammlung der Aushängigen beschäftigte sich mit diesem Vorschlag und nahm ihn gegen 63 Stimmen an. Sind auch die materiellen Erfolge weit hinter unseren Forderungen zurückgeblieben, so ist doch der Zweck erreicht, daß der Buchbinderverband in Zukunft zu den Verhandlungen mit herangezogen werden muß. Das ist mit Rücksicht auf den nahen Kündigungstermin unseres Tarifvertrages von besonderer Bedeutung.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin.)

Aus den einleitenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die besetzten linderheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen. — Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden 4 Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden. Das an die Leebler und Vermer Beschlüsse sich anlehnende sozialpolitische Regierungsprogramm ist unterdessen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ (Nr. 27 vom 1. Februar 1919) veröffentlicht worden. — In der Deutschen Liga für den Völkerverbund hat Legien den Vorschlag für die sozialpolitische Abteilung übernommen. — Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus dem Komitee der Internationale in Bern den sofortigen Zusammentritt bringend empfiehlt.

Dem ersten Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit“ bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vereinglichung der Gewerkschaften wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu verlangen. Das Räteystem sei

überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zerplüttere es die Einheit des Berufsmeines und mache, entgegen allen Gewerkschaftsmeinungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Bestellen hörten hier auf; jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räteystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gemeinschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Erörterung bewegte sich fast durchgehend in gleicher Richtung; im Vau-gemebe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten ausgerüstete Arbeiterausschüsse, mit denen die Vertreter ungefähr zusammenfallen könnten, ab, weil die in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften stehenden Baustellenbelegarten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwierigkeit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen. Meist kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Räteystem seine Bedeutung ganz von selber verlieren werde. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes warnte gleichfalls vor Ueberziehung der gegenwärtigen entäußernden Erfahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete beschränkt, im großen und ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzustellen. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblüht in den vorgelegten Arbeitsplänen für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die wüß durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergbetrieben zu klären und auf bestimmtere Ziele hinzulenken. Im Stein-druck-gewerbe, das zu 1/2 auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohnstreikereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet. Von einer Beschlusfassung sah man ab, doch soll die Gewerkschaftspresse aufmerksamer die Tätigkeit der Arbeiterräte verfolgen.

Beim Punkt „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“ schilderte Cassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beanprucht. Täuschungen nicht bei der Znanpruchnahme der Gemeindefürsorge nicht Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrgebiete wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Anjammeln immer größerer Lagerbestände hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitslosigkeit widerlege. In Ober-schlesien und im Salkelchen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedauerlicher infolge nationalisierender und spartanischer Einflüsse. Immerhin wurde allseitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollten, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezüge von Erwerbslosenunterstützung Beiträgen zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorwiegend vorausgelegt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Versenkung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreite zudem die Bildung der Jagruppen und -ausschüsse sehr langsam fort. An die Stelle Schliesers, der das Arbeitsministerium im Württemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energischer Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdblich nach vorwärts zu drängen und kein Übergewicht der sehr geschäftserfahrenen

Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthielt noch manden stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegenäuße, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um deren-willen öfter schon eine Verengerung der grundlegenden Sitzung erstrebt wurde. An Stelle Schliesers, auch im Fernbrotmachungsamt, wurde Cohen-Berlin gewählt.

Weiter beschloß die Konferenz folgenden Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.

Die Konferenz der Vorstandsvorsteher erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages, entgegen allen Grundlügen des Völkerrechts, die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen restlos ausgeliefert sind.

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz erlucht die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungewisserlichen Maßnahme geltend zu machen.

Der nächste Gewerkschaftskongress soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften ausarbeiten soll; auch die Sozialisierungstrage soll von ihr behandelt werden.

Zu ihrer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe betr. das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung erteilt; ferner über die Stellungnahme des Gewerkschaftsleiters zur Selbstverpflichtung. Ob die „Oswiata“ wieder achtung-erreichend sein wird den beteiligten Verbänden zur Begutachtung unterbreitet werden. Dem Protest der Rheder gegen die Art der Znanpruchnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Dörings nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Rationalisierungsleitung die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht spruchreif abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Feuerungszulagen an die Angestellten der General-kommission. Die Erörterung der Grenzstreitigkeiten zwischen Vorkriegsarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

Berichte.

Vonn. Am 2. Februar war es uns endlich nach langer Zeit möglich, eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Angekündigt durch die Erfolge anderer Zahlstellen entwickelten auch unsere Mitglieder in den letzten Wochen eine rege Agitations-tätigkeit, welche noch durch unsere heimkehrenden Feldtruppen Kollegen mit Eifer unterstützt wurde. Die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle, die bis zum Ausbruch des Krieges 45 Kollegen zählte, sank bis zum Schluß des Jahres 1918 bis auf 7 zurück. Durch rege Werbetätigkeit haben wir es jetzt auf 70 Mitglieder gebracht. Ein schönes Resultat, wenn man die Verhältnisse in Vonn kennt und weiß, wie schwer der Organisationsgedanke hier feste Wurzeln faßt. Ein beifällig aufgenommenem Vortrag des Gewerkschaftskollegen Schwandt über Zweck und Ziele der Organisation machte die neu aufgenommenen Mitglieder mit ihren Pflichten und Rechten in unserem Verbands bekannt. Die hieraus vorgenommene Wahl brachte die gewerkschaftlich erfahrenen Kollegen in den Vorstand. Eine sehr lebhafte Debatte zeitigte der Punkt Wohnfrage. Hierbei kamen Zustände zutage, die das Staunen und die Entrüstung der Anwesenden hervorriefen. Werden doch Löhne von 24 Mk. für Ledige und 36 Mk. für Verheiratete von einem großen Drucker- und Verlagsunternehmen unseren aus dem Felde heimkehrenden Kollegen angeboten. Was das für Vonn, einer der teuersten Städte Deutschlands bedeutet, kann man sich wohl denken. Um nun in Zukunft die so sehr voneinander abweichenden Löhne in geregelte Bahnen zu lenken, wurde die Einführung eines Kostnariffs — wenn möglich den Köln-Düsseldorfer — für Vonn beschlossen. Zum Schluß wurden praktische und erprobte Vorschläge zur Gewinnung neuer Mitglieder gemacht.

**Düsseldorf.** Unsere Generalversammlung zeigte schon von einem regen Geist, da bereits alle unsere alten Mitglieder wieder aus der Reihe zurück sind. Unsere Zahlstelle ist bis jetzt glücklich durch die Kriegsjahre gekommen. Besonders das Weistreiben, die Lohnbewegung recht schnell unter Dach zu bringen, ist bisher gut konstatieren gegangen. Die Mitgliederzahl ging während der Kriegszeit immer auf und ab, sie stieg bis zum Schlusse des Jahres auf 182 Mitglieder. Auch der Kassenbericht zeigte von einer gesunden Grundlage. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und auf Friedensstärke ergänzt.

Am 25. Januar fand eine weitere gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Bauleiter Groenhoff über die wirtschaftliche Lage referierte. Dann befaßte sich die Versammlung mit der Durchführung der Buchdruckerzulage von 18 Mk. für Gehilfen und 6,50 Mk. für Mädchen. Der Vorsitzende konnte berichten, daß am Orte mit Ausnahme der Firma Zumpersch und Dieck und ein paar kleineren Betrieben, die nur 10 Gehilfen beschäftigen, die Zulage bezahlt würde. Die Firma Zumpersch wollte dieselbe erst nur an 4 und später an 6 Kollegen zahlen, und die Firma Dieck versuchte 5 Mk. und erst nach Auslauf des Protestes der Buchdrucker-Prinzipale erst die restlichen 5 Mk. zu bezahlen. Die Versammlung beauftragte dem Vorstand, mit allen Mitteln hier eingzugreifen. Inzwischen hat nach erneuten Verhandlungen die Firma Zumpersch sich zur Zahlung verpflichtet. Gegen die Firma Dieck wird noch in geeigneter Form vorgegangen. In der Zahlstelle herrscht weiter reges Leben, die Mitgliederzahl betrug Ende Januar 220.

**Elberfeld.** In der zahlreich besuchten Versammlung am 2. Februar referierte Klinter-Barmen über „Wie verbessern wir unsere schlechten Lohnverhältnisse“. Wenn die Buchbinder des Wuppertales weit hinter den anderen großen Städten des Reiches und auch der näheren Nachbarschaft, wie Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen usw. zurückgeblieben sind, so ist das ihre eigene Schuld. Der Verband hat sein möglichstes getan, um die Kollegenchaft zu organisieren. Leider wird diesem Rufe bisher immer zu wenig Folge geleistet und es ist errettlich, daß sich endlich eine Wandlung zum Besseren bemerkbar macht. Im Laufe des verfloffenen Jahres und bis jetzt hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht. Aufsteigend kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß die Lohnverhältnisse dringend der Aufbesserung bedürfen. Am Schluß der Versammlung konnte festgestellt werden, daß Einmütigkeit in dieser Frage herrscht. Nach wie vor wird die Organisation bestrebt sein, den berechtigten Wünschen der Kollegenchaft Rechnung zu tragen, wenn diese ihrerseits fest hinter der Organisation steht. Eine große Anzahl von Kollegen und Kolleginnen traten dem Verbands bei. Bemerkenswert ist noch, daß von einem Kollegen mitgeteilt wurde, daß die Firma Martini und Grütefin verschiedenen Kollegen gekündigt hat. Dieses ist in der jetzigen schweren Zeit sehr zu bedauern, da ein so großer Arbeitsmangel bei der Firma nicht vorhanden ist, sie für Behörden usw. stets immer viele Aufträge hat und in der Kriegszeit auch große Gewinne erzielt, so daß sie jedenfalls gut und gerne ein paar Buchbinder einige Zeit mit durchziehen könnte, statt die Zahl der von der Stadt zu unterstützenden Arbeitslosen zu vermehren. Wir wollen nicht veräumen, dieses zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

**Wesel.** In einer gut besuchten Versammlung referierte Gauvorsitzer Groenhoff-Elberfeld über den Wert der Organisation und Zweck und Nutzen

des Deutschen Buchbinderverbandes. Danach wurde von allen Anwesenden beschlossen, eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen, die voraussichtlich am 1. April ihre Tätigkeit aufnehmen soll. 21 Kollegen und Kolleginnen traten in der Versammlung dem Verband bei. Weitere werden folgen.

### Eine Erklärung in eigener Sache!

Die in dem Versammlungsbericht aus Leipzig in Nr. 7 der „Buchbinder-Ztg.“ geschilderten Vorgänge in der Zahlstelle Leipzig lassen die Ursachen und inneren Zusammenhänge der in Leipzig sich abspielenden Streitigkeiten in völliges Dunkel gehüllt und ich muß daher zur Steuere der Wahrheit einiges dazu sagen.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß die gegen Zwangsmaßnahmen auf parteipolitische Gebiete liegen. Die „Leipziger Volkszeitung“, eines der auf dem äußersten linken radikalen Flügel stehenden Arbeiterorgane, führt seit geraumer Zeit eine überaus heftige Polemik gegen eine ganze Reihe Leipziger Gewerkschaftsführer in der persönlich gehässigen Weise, und insbesondere auch gegen mich. So hat die „L. V.“ in besonderen Artikeln die schwersten Anwürfe gegen mich erhoben, ohne auch nur einmal den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können. Dafür nur ein Beispiel: In einem der genannten Artikel sagt die „L. V.“: „Der Angestellte Wienide hat schon immer eine arbeiterfeindliche Rolle gespielt.“ Tugend einen Beweis für diese einem jahrelangen Arbeitervertreter gegenüber schwer beleidigende Aeußerung tritt die „L. V.“ aber nicht an. In einem anderen Falle erschien eine Notiz in der „L. V.“, die völlig aus der Luft gegriffen war, so daß die gesamte Ortsverwaltung, die in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der unauflösbaren Partei besteht, in einer scharfschaltenden Protesterklärung in der „L. V.“ Stellung dazu nehmen mußte.

Wie steht es nun mit meiner persönlichen politischen Parteilichkeit? Ich habe während meiner über 5 Jahre währenden Tätigkeit in Leipzig an dem parteipolitischen Leben mich so gut wie gar nicht beteiligt und zwar deswegen nicht, weil ich infolge meiner umfangreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit dazu nie Zeit und Gelegenheit fand. Während dieser 5 Jahre habe ich nur einmal in einer politischen Versammlung Stellung genommen und zwar vor Jahren, als es sich um die Trennung der beiden sozialistischen Parteien handelte. Damals bin ich in Gemeinschaft mit dem Reichstagsabgeordneten Grenz gegen den Abgeordneten Geyer für die Einheit der Arbeiterbewegung eingetreten. Weder vorher noch nachher bin ich auch nur einmal in einer politischen Versammlung amwesend gewesen. Der einzige Vorwurf, den man mir machen kann, und den man mir auch tatsächlich macht, besteht darin, daß ich nicht aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschieden bin, der ich schon seit mehr denn 20 Jahren angehöre. Es ist mir in der letzten Zeit mehrfach das Ansehen gestellt worden, ich solle aus dieser Partei ausscheiden und mich der unabhängigen Partei, die in Leipzig die extreme Richtung vertritt, anschließen, dann würde man jeden Angriff gegen mich einstellen. Dieses Verlangen habe ich mit aller Bestimmtheit abgelehnt. Solches Verlangen bezeichne ich als schlimmsten Terrorismus, gegen den zu meinem Pflichten eines jeden anständigen Menschen ist.

Die fortgesetzte politische Hetze gegen mich und

die anderen Leipziger Angestellten ist nun für einige linksradikale Mitglieder Beacaffung gewesen, hinter dem Rücken der Ortsverwaltung eine interne Eizung abzuhalten, zu der aus verschiedenen Werkstätten einzelne Vertrauensleute und andere besonders radikale Mitglieder eingeladen waren. In dieser Eizung hat man sich auf die in Nr. 7 der „L. V.“ abgedruckte Resolution geeinigt und dieselbe in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle vertreten. Die wirklichen Vertrauensleute der großen Werkstätten haben mit der Resolution nichts zu tun.

In der Versammlung selbst sind nun eine Reihe von Vorwürfen gegen mich und die anderen Angestellten erhoben worden, die ich in ausführlicher Weise klargestellt und zerplückt habe. Von all den angeführten Behauptungen ist rein gar nichts übrig geblieben. Wenn es trotzdem gelang, die Resolution zur Annahme zu bringen, so nur deswegen, weil durch die vorherige Stimmungsmaße ein großer Teil der Kollegenchaft gegen mich eingenommen war. Der Versammlungsberichtler sagt, daß die Resolution gegen 5 Stimmen angenommen wurde. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Erstens war die Zahl der gegen die Resolution Stimmenden weit größer und zweitens verschweigt der Berichtler, daß ein sehr großer Teil der Anwesenden sich der Abstimmung enthalten hat. Die der Abstimmung sich enthaltenden Mitglieder stehen zweifellos nicht auf dem Boden der Resolution, aber sie haben nicht den Mut gefunden, ihre Meinung zu erkennen zu geben. Entschuldigend für solches Verhalten muß allerdings angeführt werden, daß von der extremen Richtung ein noch nie dagewesener Terrorismus ausgeübt wurde.

Zur Sache selbst bemerke ich noch folgendes: Angewidert durch das Treiben der politischen Presse habe ich schon Wochen vor der fraglichen Versammlung den Verbandsvorstand ersucht, mich meines Postens zu entheben. Dieses Ersuchen habe ich neuerdings wiederholt, hoffentlich können Verbandsvorstand und Ausschuß meinen Wünschen baldmöglichst nach: Denn gegen so viel Anfeindungen täglich anzukämpfen, ist eine Aufgabe, die auch einen physisch stärkeren Menschen als mich auf die Dauer zugrunde richten müßte.

Ich verlasse meinen Posten in dem Bewußtsein, daß ich in den ganzen Jahren meines Hierseins, genau wie früher in Berlin, in äußerst scharfer Weise die gewerkschaftlichen Interessen aller Mitglieder auf das entscheidendste wahrgenommen habe. Daß dem so ist, beweisen die in letzter Zeit mir zahlreich zugehenden mündlichen und schriftlichen Aeußerungen Leipziger Mitglieder.

Otto Wienide.

### Berichtigung.

In dem Versammlungsbericht aus Leipzig in Nr. 7 heißt es u. a.:

„Der Kollege Thalheim bezeichnete Roth als Stellenjäger, der die Aktion nur eingeleitet habe, um seine Person an die Stelle Wienides zu bringen.“

Das ist ein Irrtum bezw. eine Verwechslung des Schriftführers, denn nicht ich, sondern ein anderer Kollege hat diesen Vorwurf gegen Thalheim erhoben.

Emil Roth.

### Briefkasten.

Wegen Raummangels mußte zurückgestellt werden: Berichte aus Berlin, Karlsruhe und Arbeitslosenstatistik.

### Zahlstelle Dresden.

Am 8. Februar starb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, die Kollegin

### Anna Höhne

im Alter von 89 Jahren. Ihre treue Mitgliedschaft sichert ihr ein dauerndes, ehrendes Andenken in allen Kollegenkreisen.

Der Vorstand.

### Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

### Ernst Hoffmann

am 10. Februar plötzlich gestorben ist. Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

### Buchschneidemaschine

wenig gebraucht, möglichst wenig Platz einnehmend, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe zu richten unter B. G. 4263 an Rudolf Woffe, Dresden.

### Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel

kleben nur noch mit

# Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

### Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten

## Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.

Telegraphen-Adresse: Wirilwerke.

**Leo's Buchbinder-Taschenkalender 1919** ist für jeden Fachmann unentbehrlich  
Verlag d. Allgem. Anzeigers f. Buchbindereien, Stuttgart, Postscheck Sigt. 9317.  
Vorzugspreis für Bezieher d. „Bu. ab.-Anz.“ Stuttgart. Mk. 1,25 portofrei, sonst Mk. 1,65 bei Vorausbezahlung.